

im negativen der übermäßige Ausbau und die unkontrollierte Machtposition der Geheimpolizei ein Beweis dafür, daß Terror und Unterdrückung herrschen.

Wer die vorliegende Broschüre liest, mag den Eindruck gewinnen, daß das Überwachungssystem so ausgeklügelt ist, daß es für die Bevölkerung kein Entrinnen gibt, daß durch das fast maschenlose Netz kaum jemand hindurchschlüpfen kann. Man möchte auch glauben, daß es mit diesem Apparat relativ leicht sein müßte, die ahnungslose Bundesrepublik zu unterminieren. Nun, man soll die Gefahr nicht unter-, aber auch nicht überschätzen. Manches, was als Stärke erscheint, ist gleichzeitig eine Schwäche. So birgt der große Umfang des Apparates für die Initiatoren auch manche Gefahren. Die vielen Informatoren widersprechen sich oft; welche Berichterstatter sind zuverlässig, welche nicht? Zwar gibt es eine Anzahl qualifizierter Fachleute, die zum Teil ihre Erfahrungen bei der Gestapo sammeln konnten oder in der Sowjetunion ausgebildet wurden. Da aber bei der Auswahl der Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes nicht Fähigkeit, sondern absolute Linientreue die entscheidende Voraussetzung ist, ist der weitaus größte Teil nur mit begrenzten Geistesgaben gesegnet. Das entscheidende Hemmnis für die totale Beherrschung der Zone durch den Staatssicherheitsdienst ist aber der Haß der Bevölkerung gegen die „Sicherheitsorgane“, der lediglich von der Furcht überschattet wird. Es ist keine Frage, daß die Bevölkerung im Staatssicherheitsdienst, der angeblich ihre Errungenschaften verteidigen will, den Feind sieht. Spitzel zu sein ist ein Makel, der schwerer wiegt als der eines kriminell Vorbestraften. Diese Einstellung wird sicher noch verstärkt werden, wenn bekannt wird, daß jetzt der Staatssicherheitsdienst unter Anleitung der Kriminalpolizei eine Hilfstruppe aus rein Kriminellen geschaffen hat. Viele hundert zwangsgepreßte Spitzel haben sich freiwillig dem Untersuchungsausschuß Freiheitslicher Juristen gestellt, und es kann angenommen werden, daß mehr als 80 Prozent aller Spitzel unter Druck arbeiten und viele der Gepreßten bemüht sind, möglichst wenig Unheil anzurichten.

III.

Unsere Verantwortlichkeit für die deutschen Menschen in der Sowjetzone zwingt uns, es den Handlangern des Unrechts zu erschweren, die mitteldeutsche Bevölkerung zu terrorisieren und unser Selbsterhaltungstrieb gebietet uns, ihnen empfindlich auf die Finger zu klopfen, wenn sie in die Bundesrepublik eindringen wollen. Wenn jeder Bürger auf Anzeichen einer Agententätigkeit des Staatssicherheitsdienstes achtet, wird manchen das Handwerk gelegt werden können. Das ist keine „Denunziation“, sondern die Verteidigung unseres demokratischen Rechtsstaates gegen die rücksichtslose Aggression einer von einer fremden Macht bezahlten Clique. Man mag es bedauern, daß es ein totalitärer Staat viel leichter hat, seine Gegner zu bekämpfen, als es dem Rechtsstaat möglich ist, sich seiner Totengräber zu erwehren. Wir haben aber viele Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft. Die westdeutschen und vor allem die Westberliner Gerichte haben in letzter Zeit gegen Menschenräuber und Agenten empfindliche Strafen verhängt. Sie sind jetzt dazu übergegangen, jede Dienstleistung für den Staatssicherheitsdienst, die unmittelbar oder mittelbar eine Gefährdung eines Menschen zur Folge hat, nach § 241 a StGB zu bestrafen, und es wird zur Zeit über einen Entwurf beraten, der jede Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst unter Strafe stellt. Es liegt an uns, zu beweisen, daß ein Rechtsstaat, gestützt auf die freiwillige Hilfe seiner Bewohner, die bewußt ihre Freiheit verteidigen wollen, dem totalitären Regime, das auf eine ihm bedingungslos ergebene Clique von Fanatikern, Söldnern und Kriminellen angewiesen ist, auf lange Sicht überlegen ist.

Dr. Theo Friedenau